

# Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-OS.) und Umgegend.

**Vertrieb:**  
wöchentlich einmal: Sonnabend.  
Bezugspreis: monatlich frei ins Haus und  
bei allen Verkauften 0,75 Pfennig.

Eigenhümer, Verleger, Herausgeber u. Drucker:  
B. Hunko, Stadtbuchdruckerei, Zory.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunko.

**Anzeigen-Preis:**  
Die einspaltige Zeilenbreite 10 Gr.  
Inseraten-Annahme die späteste Freitag  
10 Uhr vormittags.

Nr. 7

Samstag, Nr. 49

Sonnabend, den 13. Februar 1932.

Gegründet 1879

54. Jahrgang.

## Rundschau.

### Frankreich beantragt Schaffung einer Völkerbundsarmee.

Genf, 6. Februar. Der französische Kriegsminister Lortie hat am Freitag nachmittag dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz Herriot eine Note überreicht, die in allen Einzelheiten ausgearbeitete Vorschläge Frankreichs für die Organisation der Wahrung und der Sicherheit enthält. Diese Note stellt den erwarteten Vorschlag der französischen Regierung in der Richtung der Festlegung der Abrüstungskonferenz auf die Sicherheitsfrage dar und enthält das französische Sicherheitsprogramm. Sie entspricht in großen Zügen dem Memorandum, das die französische Regierung am 15. Juli 1931 dem Generalsekretär des Völkerbundes zur Abrüstungsfrage übermittelte.

Über den Inhalt der französischen Abrüstungsvorschläge werden folgende Einzelheiten bekannt: Die französische Regierung schlägt die Bildung internationaler Streikkräfte vor, zu denen jedes Land ein Kontingent stellen soll und die dem Völkerbund als für die Durchführung seiner Befehle gegen diejenigen Staaten zur Verfügung stellen sollen, die sich weigern, die Entschlüsse des Völkerbundes durchzuführen.

Die großen Kriegsschiffe und Flugzeuge unterstehen dem Völkerbund direkt. Die Flugzeuge und Kriegsschiffe mittlerer Größe unterstehen der Hoheit der einzelnen Staaten, müssen jedoch dem Völkerbund im Falle des Sanctionsverfahrens nach Artikel 16 des Völkerbundespaktes zur Verfügung gestellt werden.

Die Tanks, schwere Artillerie, U-Boote, größte Kreuzer, sonstige Panzer- und Zerstörer sind gleichfalls dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen.

Luftangriffe werden außerhalb einer bestimmten, noch festzulegenden Zone untersagt.

Diese Maßnahmen sind in den französischen Vorschlägen als der Ausbau der gegenwärtig bestehenden Sicherheitsgarantie aufzufassen und sollen das Sanctionsverfahren des Völkerbundes weiter stärken. Die französischen Vorschläge sehen ferner weitgehende gegenseitige Sicherheitsverpflichtungen der Staaten zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lage vor.

### Abrüstungsreden in Genf.

Genf, 9. Februar. Die allgemeine Aussprache der Abrüstungskonferenz wurde am Montag eröffnet. Die Aussprache eröffnete der englische Außenminister Sir John Simon mit einer einständigen Rede, in der er u. a. sagte:

Die Unterzeichnerstaaten des Versailler Vertrages hatten nicht angenommen, daß die erste Abrüstungskonferenz erst im Februar 1932 zusammenzutreten würde. Die 10 Jahre, vorbereitende Abrüstungszeit war jedoch unbedingt notwendig. Wichtig besteht die Auffassung, daß der Augenblick nicht glücklich gewählt ist, da während der Genfer Verhandlungen im fernsten Osten erste Feindseligkeiten im Gange sind. Die englische Regierung nimmt den vom Abrüstungsaußenminister ausgearbeiteten Abrüstungsentscheid auf Grundlage der Verhandlungen an, ferner den Vorschlag in diesem Abkommen auf Festlegung von Höchstgrenzen für die Abrüstungen. Sie unterstützt den Vorschlag auf Schaffung eines ständigen Abrüstungsaußenministers und verlangt die völlige Abschaffung der U-Boote, der Gas- und chemischen Kriegsführung. Die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht muß eingehend geprüft werden. Die englische Regierung verlangt aber zunächst praktische Maßnahmen, um zu einer Befriedung der allseitigen Truppenbewegungen zu kommen, ferner eine wesentliche Herabsetzung der allgemeinen Abrüstungs-

gen. Simon schloß mit den Worten: „Der Erfolg ist demjenigen sicher, der entschlossen ist, Erfolg zu haben.“

Nach Außenminister Lortie sprach der französische Kriegsminister Lortie. Er sehe es als seine Aufgabe an, den französischen Vorschlag im Rahmen der Politik Frankreichs und des Völkerbundes zu erläutern. Der französische Vorschlag entspricht dem dringenden Wunsch der gesamten Öffentlichkeit. Die französische Regierung will auf der Grundlage des Völkerbundespaktes weiterbauen. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß der Artikel 8 des Völkerbundespaktes sämtliche Fragen der gemeinsamen Sicherheit und der Regelung der Abrüstungen umfaßt. Nur ein organisierter Völkerbund ist die wirksame Macht zur Verhütung und der Unterdrückung der Kriege. Frankreich fordert einen Völkerbund, der stark genug ist, den Frieden zu organisieren.

Lortie entwickelte die Grundlinien des französischen Vorschlags und erklärte, der Friede wird nur dann gesichert sein, wenn man den Völkerbund gestärkt und weiter ausgebaut hat. Frankreich erinnert sich daran, daß England und die Vereinigten Staaten 1919 erklärt haben, die Sicherheit Frankreichs sei nicht gewarant. Das französische Volk verlangt deshalb, daß der Völkerbund gestärkt wird. Wenn die Konferenz angenommen wird, so wird es der Zusammenbruch des größten Versuches sein, den es die Menschheit gemacht hat.

In der Rede Lorties findet sich kein Wort von einer ernsthaften Herabsetzung des gewaltigen französischen Abrüstungsplanes.

Genf, 9. Februar. Die Vorschläge, die zuerst der englische Außenminister Sir John Simon, sodann der französische Kriegsminister Lortie und darauf der italienische Außenminister Grandi im Hotel Metropole dem Reichskanzler Brüning überreichten, dauerten je eine Stunde. In den drei Unterredungen soll fast ausschließlich die Reparationsfrage im Vordergrund gestanden haben. Insbesondere soll die Frage des Zulassens der Reparationskonferenz im Juli abgehandelt worden sein.

Genf, 8. Februar. Starkes Aufsehen erregte die Erklärung des früheren belgischen Ministerpräsidenten Vandervelde, als Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterinternationale, dessen Ausführungen in grundsätzlichen Punkten mit dem deutschen Standpunkt übereinstimmen. Er führte aus: Ein Vertrag muß abgeschlossen werden, der sofort eine großzügige Herabsetzung der Forderungen, des Kriegsmaterials in allen Formen und der Militärausgaben sicher und zur vollständigen allgemeinen und kontrollierten Abrüstung führt.

Genf, 10. Februar. Die Abrüstungskonferenz erlebte gestern einen großen Tag. Die Sitzung fand völlig im Zeichen der großen Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning, in der zum ersten Mal Deutschland vor den Vertretern der ganzen Welt offen seinen feierlichen Rechtsanspruch auf Erfüllung der Deutschland im Versailler Vertrag zugesprochenen Verpflichtungen zur allgemeinen Abrüstung darlegte.

Die Rede des Reichskanzlers gab eine lückenlose Aufklärung über den deutschen Abrüstungsstandpunkt. Die Rede behandelte in ihrem ersten Teil die moralische Verpflichtung der Welt, auf der Abrüstungskonferenz auf der Grundlage völlig gleicher Rechte und Pflichten durch freiwilligen Einfluß die allgemeine Abrüstung durchzuführen, die neben einer großzügigen und entschlossenen Gleichberechtigung der kriegsführenden und wirtschaftlichen Bedürfnisse des Krieges als die große Aufgabe der Gegenwart bezeichnet wurde, die allein die Menschheit zu neuem Aufstieg emporführen könne. Dr. Brüning schloß mit Nachdruck, daß die Kriegsgeneration aus dem persönlichen Erleben

des Weltkrieges heraus besonders heraus sei, diese Aufgabe zu lösen. Brüning wies dann auf die Erklärungen eines leitenden amerikanischen Staatsmannes — gemeint ist wohl Hoover — hin, der erklärt hatte, daß das internationale Vertrauen nicht auf Furcht, sondern nur auf gutem Willen aufgebaut werden könne und unterstützte mit großer Entschiedenheit die Bereitschaft Mussolinis, eine glänzende Abrüstung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit anzunehmen.

Der Reichskanzler schloß seine Rede mit dem Appell, die Welt, die sich in seinem Lande so furchtbar anwirkte, wie in Deutschland, und die zweifelslos vor allem auf den politischen Forderungen und dem Abstreifen ungleichen Abrüstungen beruhe. Der Reichskanzler richtete einen Appell an alle Mächte, den Mut zur Bewirkung der festerlich gegebenen Zusagen zu finden.

In dem zweiten Teil meldete Dr. Brüning feierlich den deutschen Rechtsanspruch auf die allgemeine Abrüstung und die Erfüllung der Deutschland im Versailler Vertrag gegebenen Zusagen durch die im Völkerbundespaß geschilderten Verpflichtungen zur allgemeinen Abrüstung an. Nichts könne die Abrüstungskonferenz vor der Verantwortung freisprechen, wenn sie scheitern sollte. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk forderten nach der eigenen Entschlossenheit die allgemeine Abrüstung, auf die Deutschland einen rechtlichen und moralischen Anspruch habe.

Brüning hob dann den Abkommensentwurf als Grundlage der Besprechungen ab, da er nicht den Erfordernissen einer wirklichen Abrüstung entspreche und kündigte deutsche Vorschläge an, die für eine allgemeine und wirksame Herabsetzung der Abrüstungen praktische Wege öffnen sollten. Der Kanzler wandte sich hierauf indirekt gegen die französischen Vorschläge, die als eine Umgehung des Konferenzbeschlusses bezeichnet werden und die auf den pflichtgemäßen Widerstand aller Verantwortlichen stoßen müßten.

Der Kanzler schloß mit der feierlichen Erklärung, daß Deutschland als vollberechtigtes und vollberechtigtes Mitglied des Völkerbundes mit allem Nachdruck für eine allgemeine Abrüstung unmissverständlich der Art aller Mitglieder des Völkerbundes einträte und ein gleiches Maß von Sicherheit für alle Völker fordere.

Reichskanzler Dr. Brüning ist am Dienstag um 18 Uhr von Genf wieder abgereist und traf am Mittwoch nachmittag in Berlin ein. Kurz vor seiner Abreise trafen die japanischen Botschafter Goto und Matsuoka dem Reichskanzler einen Besuch ab.

Die Rede des Reichskanzlers in Genf hat in ausländischen Kreisen einen guten Eindruck gemacht.

Genf, 10. Februar. Auf der Donnerstag-Sitzung der Abrüstungskonferenz nahm der italienische Außenminister Grandi zu einer überaus bemerkenswerten Auffassung seines Landes über die Abrüstungsfrage das Wort. Hauptpunkte der Rede waren: Eine scharfe Kritik der französischen Vorschläge und eine entschiedene Ablehnung der Politik des unbewussten Egoismus, die Wiederholung der Mussolinischen Forderung nach Gleichberechtigung aller Staaten, die ausschließliche Entwicklung des Gedankens, daß die deutsche Abrüstung nur der Anfang der allgemeinen Abrüstung sein dürfe, und der Hinweis auf die Abrüstungsmethoden des Versailler Vertrages, der in dem Verbot der Angriffswaffen allgemeine Nachahmung verleihe. In diesem Sinne erklärte Grandi die Zustimmung seines Landes zu einem „Organischen Plan der qualitativen Abrüstungseinschränkung.“

\* (Ablehnung des Streiks.) Die Arbeitsgemeinschaft hat in ihrer Sitzung vom 8. 2. das Stimmenergebnis der einzelnen Gruben aufzuarbeiten. An der Abstimmung haben sich 36 Grubenanlagen teils ab-, teils dissentig beteiligt. Von diesen 36 Grubenanlagen haben sich 16 Gruben für einen Streik und 20 gegen einen Streik ausgesprochen. In die Ergebnisse sind die Grubenlagen nicht eingezeichnet worden, weil das keine Abstimmung



**Kattowitz, 10. Februar.** (Der Eichauer Doppelmord) zum Tode durch Erhängen verurtheilt.) In Kattowitz wurde Montag seit Einführung des Landesgerichts das erste Landesgerichtsverfahren in Polnisch-Oberschlesien durchgeführt. Vor Gericht stand der 21jährige Doppelmörder **Clemens Stalala** aus **Eichau**, der am 24. Januar den 15-jährigen **Karl Pleha** und die 19jährige **Magd. Rosale Stalala** ermordet hatte. Er war in Abwesenheit des Hofpflegers in das Haus eingedrungen, hatte mit einer Art zerhackten Karth und dann auch die Magd erschlagen, alle Schränke erbrochen und war mit einem Betrage von 1760 **Flotz** geflohen. Das **Gericht** hatte er in den Gefängnis-Jahreskreis eingeschoben. Vier Tage danach wurde er von der **Polizei** ermittelt. Das **Verfahren** dauerte etwa  $\frac{1}{2}$  10 Uhr vormittags bis  $\frac{1}{2}$  9 Uhr abends mit einer zweistündigen Unterbrechung. Das **Urtheil** lautete auf Tod durch Erhängen und wurde wegen vorläufiger Doppelmordes mit **Hand.** Der Angeklagte nahm das **Urtheil** gleichgültig hin. Der Richter führte in der **Urtheilsbegründung** aus, daß der Mord aus niederen **Instakinten** begangen worden sei und daher auch keine mildernden Umstände angenommen seien. Wegen der Jugend des Angeklagten hat man aber noch ein Begnadigungsgesuch an den **Staatspräsidenten** gerichtet. Für den Fall der **Abkündigung** dieses Gesuchs wird der Verurtheilte binnen 24 Stunden **erhängt**. Zu bemerken ist, daß dies die 32. Todesstrafe seit Einführung des Landesgerichts in Polen, also seit **1840** **Posen**, ist.

